

eine zur Verhinderung der Sozialisten, der andre zur Sammlung der Bürgerlichen — sind mit dem beliebigen Wahlkniff verhandelt, zwei radikale Kandidaten aufzustellen, um so entweder mittels der „republikanischen Solidarität“ oder mittels der antirevolutionären Koalition zu siegen. Auf den Bänken der Sozialisten hat man den Agagnonischen Streich, der Millerand das Spiel verlor, stürmisch applaudiert — und bei der Abstimmung über den Ferryschen Antrag haben sich unsere Genossen enthalten. Das mag den ganzen Wert der jetzigen Parliamentskämpfe kennzeichnen.

Glücklicherweise werden die Wahlen unsern Genossen bald die Gelegenheit bieten, diesem Elend zu entrinnen und auf dem Boden der sozialen Wirklichkeit zu kämpfen. Die neuesten Vorgänge müssen sie lehren, welche Wahrheit dem Gehelz des Kongresses von Amiens innewohnt, den Kampf selbständig, mit dem festen Blick auf das sozialistische Ziel zu führen. Die Radikalen möchten natürlich den Kniff mit den zwei Eisen im Feuer fortsetzen. Ihr Exekutivkomitee hat sich jetzt für die Rückkehr zur zweijährigen Dienstzeit ausgesprochen, von der die Regierung seines Expräsidenten Caillaux nichts wissen will. Das Komitee wirft auch den Sozialisten unverkennbare Liebesbrot zu und hätte offenbar die größte Lust zu einem neuen Bloß für die Wahlen und nachher. Aber man darf wohl hoffen, daß unsere Genossen bei ihrer Ablehnung jetzt noch um so fester verharren werden, als es nur ein Kautschukblock ist, zu dem man sie auffordert.

Zur roten Woche.

Was geht uns Frauen die Politik an?

Die Frau gehört ins Haus, so sagen die Pflichten, so die Rückwärtler aller Art. Aber die Frage ist: Kann die Frau im Hause bleiben, kann sie sich dem „schönen Beruf der Mutter, der Erziehung der Kinder“ widmen? Die übergroße Mehrzahl der Proletarierfrauen kann es nicht. Ständig nimmt die Frauarbeit zu. Gibt es doch heute schon eine große Reihe von Industriezweigen, in denen die Beschäftigung von Frauen überwiegt. Mit der wirtschaftlichen Selbständigkeit muß aber auch die politische kommen. Der erwerbenden Frau kann es nicht gleichgültig sein, welche Politik die Regierung betreibt. Ob die Gesetzgebung für ausreichenden Schutz der weiblichen Arbeitskraft sorgt, ob genügend für Witwen- und Waisenfürsorge aufgewendet, ob Krankenhäuser, Entbindungsanstalten vorhanden, Schwangeren- und Wöchnerinnenfürsorge geregelt sind. All dies sind die ureigensten Angelegenheiten der Frau.

Und das betrifft natürlich nicht weniger auch die Frau, die in der glücklichen Lage ist, „nur“ den Pflichten der Mutter und Hausfrau obliegen zu dürfen. Hat nicht gerade sie die größten Sorgen, wenn das Brot und Fleisch, Butter und Eier, kurz, wenn alle die notwendigen Lebensmittel abermals verteuert werden? Verteuert nicht durch Mißernte, Unfälle oder dergleichen, kann sie sich in die Höhe geschraubt durch eine falsche, volksfeindliche Politik.

„Die Familienmutter, auch, ich, Max machen, daß sie lustige, der Roll- und Steuerpolitik beim Einkauf aller Lebensmittel dem Staate eine Steuer zu zahlen hat. Rund 100 Mk. pro Jahr fordert der Militarismus für Soldaten, Kanonen und Schiffe von einer fünfköpfigen Arbeiterfamilie. Davon fließt jedoch infolge unserer faulen Zollgesetzgebung der Obwanteil in die Taschen der Junker. So ist jede Schmitze Brot, die die Mutter ihren Kindern schneidet, jeder Tropfen Milch, der dem Säugling gereicht wird, verteuert durch Zölle und Abgaben.“

Und nichts anderes ist es mit der äußeren Politik. Bei dem Ausbruch eines Krieges ist es da nicht die Frau, die am meisten unter der Ungunst der Verhältnisse zu leiden hat? Wenn die Mutter den Sohn, die Frau den Ernährer im Felde verloren hat, dann bleibt ihr das Los, auf den Trümmern des Familienglücks den Rest ihres Lebens zu verzwangern.

Nein, die Frau muß aufhören, nur Objekt der Gesetzgebung zu sein, sie muß selbständig eingreifen in das öffentliche Leben, in die politische Bewegung. Es ist das eine notwendige Folge der wirtschaftlichen Entwicklung. Daß die Frauenbewegung nicht künstlich hervorgerufen ist durch

„politiserende Weiber“ und „sozialdemokratische Feiger“,

das sehen nachgerade selbst ernste und ehrliche bürgerliche Politiker ein. So schreibt der Zürmer (Herausgeber Preller v. Grotthuß) eine konservative, aber dem Zirkus-Konservatismus abgemessene Monatschrift in der jeden erschienenen Märznummer in einem Artikel über die Ursache der Frauenbewegung:

„Waagen sah erstaunt auf Eten Tengelsen. Die Worte des Alten kamen ihm überraschend; denn es geschah selten, daß ein Strandfischer zu antworten wagte. Und Jörg Waagen ging lange in der Stube auf und ab. — „hm, ja... das müßte man zugeben: Eten Tengelsen war ein kluger und ernster Mann. Er war Wahlmann gewesen und genoss allgemeines Vertrauen. Er überragte die meisten an Bildung und Kenntnissen. — Waagen dachte auch an die beiden jungen Leute, an Randi und Tengel, und was man sich über sie zusüßte. Na, kam Zeit, kam Rat; er wollte ihnen wohl noch rechtzeitig einen Dämpfer aufsetzen. Er räusperte sich —

„Donnerwetter! Die Träets Sohn fuhr sich in die Haare. Nun hatte er schon wieder den Faden verloren.“

„Sage mir nun einmal, Eten Tengelsen“ — Waagen lehnte ihm einen Stuhl hin — „wie ist nun eigentlich diese Schuld entstanden? Du mußt mir das einmal erzählen.“

Eten Tengelsen nahm den Stuhl und setzte sich steif und behutlich darauf und legte den Kopf auf die Seite. Waagen setzte sich auf die Tischkante, baumelte mit den Beinen und zog spielend ein Lineal zwischen den Fingern hin und her. Eten Tengelsen machte sich daran, zu erzählen: Der Hof war schuldbelastet von alters her, schon von seines Großvaters Zeiten an. Eten Tengelsen hatte den Hof mit Schulden übernommen. Und die Träet betam die Hypothek auf das Anwesen. Und damit war das Unglück da. Erst vor Eten Tengelsen seine Frau, und der Kummer nahm ihn so hart mit, daß manches verkauft wurde. Sie war ihm so viel gewesen. Und die Schulden wuchsen. Und die Zinsen wuchsen auch. Das eine wuchs mit dem andern, und alles wurde zu neuen Schulden, zu Schulden bis ins Endlose. Dann kam sein Sohn auf dem Meere um. Neuer Kummer, neue Sorgen. Er plagte sich Tag und Nacht, wo immer etwas zu verdienen war, da war er auf dem Posten. Es kamen Jahre voller Plage, voller Enttäuschung und Entbehrung. Aber die Schulden wuchsen und wuchsen — Eten Tengelsen sah mit gebeugtem Rücken auf dem Stuhl. Seine Worte kamen aus

„Allmählich ringt sich die Erkenntnis durch, daß die Frauenbewegung oder Frauenfrage nicht das Wert einer Handvoll sexuell anormaler oder asexueller Weiber ist oder gar nur durch diese repräsentiert wird. Wer heute, nachdem uns Australien, Kanada, die Vereinigten Staaten zum Teil, und vor allem England über den weiten Umfang der Frauenbewegung aufgeklärt haben, sich immer noch hinter die abgegriffenen Phrasen der Inferiorität oder Superiorität der Frau flüchtet, oder wer in einer Schale und Becken messenden, Hirn weglegenden Pseudowissenschaft der Frage der Frauenbewegung Lösung sucht, beweist damit nichts anderes, als seine Unfähigkeit, das Problem zu erfassen, und weiter eine zähe Denkschwäche. In Deutschland macht die Frauenbewegung in letzter Zeit größere Fortschritte, so daß sich ihre Gegner nur veranlassen sehen, ihr mit kollektiver Kraft gegenüber zu treten. Doch muß man feststellen, daß trotz dieser Umstände die Einsicht in das Warum und Wie der Frauenbewegung oft gleich Null ist wie an deren erstem Tag.“

Nachdem der Verfasser die ökonomische Entwicklung untersucht hat, die zu der unauffälligen Bewegung führte, kommt er zu dem Schluß, daß die Frauenbewegung sich auf die Masse der Arbeiterinnen stützen muß:

Denn nur die großen Massen der Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten der Großstädte Englands vermögen der Frauenbewegung Schwergewicht zu verleihen. Jede Frauenbewegung stützt sich entweder auf diese Massen, wodurch sie allein eine ernste und nehmende Bewegung darstellt, oder sie tut dies nicht und bleibt damit eine Salon- oder Bibliothekszimmerfrage, der nur Kuriositätswert zu eigen ist. Die Frauenbewegung Englands ist also eine ökonomisch bedingte Erscheinung, die künftige Frauenbewegung Deutschlands muß dies ebenfalls sein.

Und das bezeugt, ihr Arbeiterfrauen, zu eurem Frauentag und in der roten Woche!

Untergrabung des Koalitionsrechts.

Neuport, 7. Februar 1914.

Dem Koalitionsrecht der Arbeiter wird in unserer Zeit bei niedergehenden Konjunktur mit ihrem Gefolge von Arbeitslosigkeit, Hunger und vermindelter Widerstandskraft der Arbeiter von unsern Berechtigten durch systematische Interpretationsänderungen die rechtliche Grundlage entzogen.

Das nach Sherman benannte Anti-Trustgesetz wurde erlassen, um dem gewissenlosen, räuberischen Treiben großkapitalistischer Syndikate und deren Privatmonopolen ein Ende zu bereiten. Selbstverständlich ist diese mit dem Namen Sherman verknüpfte Maßregel ein untaugliches Mittel zur Erreichung eines utopischen Zweckes. Es ist eine Donauquellenerle ohne Gleichen, mit papierenen Paragraphen den unauffälligen Gang der wirtschaftlichen Entwicklung in die Bahnen der überlebten Vergangenheit zurückzuführen zu wollen.

Auf Grund des Sherman-Gesetzes wurden allerdings verschiedene Trusts, so der Tabak- und der Petroleumtrust, in ihre Tochtergesellschaften aufgelöst. Aber die Auflösung war nur formell. Die durch Gerichtsurteile „aus der Welt geschafft“, aber tatsächlich weiter florierenden Trusts schütten, allerdings auf dem Umwege über ihre Tochtergesellschaften, weit fettere Dividenden aus als zur Zeit ihres „gesetzlichen“ Bestehens. Hier und da wurden gegen Trustsmaßnahmen auf unbedeutende, zur Fortsetzung des ungesetzlichen Treibens förmlich auffordernde Geldstrafen erkannt. Es ist hier an den Waldraht-Pool erinnert. Die Maß der Registerkassen-Trusts (National Cash Register, N. C. R., u. a.), das Gefängnis bezahle; aber nicht etwa wegen ihrer gegen das Anti-Trustgesetz verstoßenden Monopolbestrebungen, sondern wegen dessen, was man drüben in Deutschland als unlauteren Wettbewerb bezeichnet und was andern nicht minder kapitalmächtigen „Interessen“ unbehagen war.

Um so gewissenloser bringt unsere feile Justiz das nach der Abtötung der Gesetzgeber, nach seinem Wortlaut und schon nach seiner Begehung gegen großkapitalistische Syndikate gerichtete Sherman'sche Anti-Trustgesetz gegen Gewerkschaften und deren angebliche Verstoß, den „Arbeitsmarkt zu monopolisieren“, in Anwendung.

Unsere „Rein-Gewerkschaftler“ sind aus allen Himmeln gefallen. Im letzten Sommer unterzeichnete der Präsident Wilson ein Manifest, demzufolge die zur Durchsührung des Sherman'schen Anti-Trustgesetzes ausgeworfene Summe von 150 000 Dollar nicht zur Verfolgung von Arbeitern und Farmerorganisationen verwendet werden darf. Rotes Gemitter haben damit das Ende aller Verläufe genommen, das Sherman-Gesetz gegen Gewerkschaften zu mißbrauchen. Diese Darstellung ging auch in einen großen Teil der europäischen Presse über. Schon damals wies ich darauf hin, daß die Justizverwaltung ja auf andere Fonds zurückgreifen könne und werde, und daß das Unternehmensverbot eventuell gern bereit wäre, die notwendigen Summen aufzubringen und der Regierung zur Verfolgung der Gewerkschaften zur Verfügung zu stellen.

Als die tollste Ausgrenzung unserer Klassenlust im Zusammenhang mit dem Sherman-Gesetz muß das von der Bundes-District-Anwaltschaft Neuport gegen das hiesige Allied Printing Trades Council (Verband der Buchdruckerergewerke) aufgetriebene in London beglaubigte Verhörprotokoll (Mitinhaber der Verlagsgesellschaft Doubleday, Page u. Co.) und auf direkte Weisung des „arbeiterfeindlichen“ Präsidenten Wilson eingeleitete Verfahren bezeichnet werden.

Wie eine ganze Reihe von Gewerkschaften, hat auch die Allied Printing Trades Council seine eingetragene Schutzmarke, deren Benutzung nur solchen Buchdruckerern gestattet wird, die, soweit die Buchdruckerergewerke in Betracht kommen, ausschließlich organisierte Arbeiter beschäftigen. Doubleday, Page u. Co. stellen überhaupt keine Gewerkschaften ein. Selbstverständlich wird ihnen auch nicht die Benutzung der Schutzmarke des Allied Printing Trades Council gestattet. Die Folge ist eine Verminderung des Absatzes der bei Doubleday, Page u. Co. erscheinenden Bücher. Daher reitet der Bundesdistrict-Anwalt von einem „indirekten, gegen das Sherman-Gesetz verstoßenden Boykott“ und von einem „Versuch, den Arbeitsmarkt innerhalb der Buchdrucker-Gewerke zu monopolisieren“. Gegen den tatsächlichen Boykott, welchen die Verlagsgesellschaft Doubleday, Page u. Co. den Gewerkschaften gegenüber praktiziert, hat der strebsame Bundesdistrict-Anwalt nicht einzuwenden. Würde die Bundes-District-Anwaltschaft mit dem dieser Tage gegen das Allied Printing Trades Council eingeleiteten Verfahren durchdringen, so wäre den Arbeiterorganisationen das Verfolgungsrecht über ihre Schutzmarke genommen und einer der Pfeiler des Koalitionsrechts zerstört.

Schwohl das Recht der Organisation und der gemeinsamen Arbeitseinstellung gesetzlich ausdrücklich anerkannt sind, unterlagte der hiesige Bundesrichter Ward in einem Einhaltsbefehl (Warrant) den organisierten Buchdruckerern ausdrücklich, als Gewerkschaftsmitglieder die Arbeit niederzulassen, um die Firma Young u. Co. gegen die Beschäftigung organisierter Arbeiter zu veranlassen.

In Charleston, Westvirginia, wurden vorgelesen zwei streikende Bergleute zu je 90 Tagen Gefängnis verurteilt, weil sie versucht hatten, Streikbrecher zum Anschluß an den Ausstand zu veranlassen. Auf Betreiben der Pittsburg Coal Co. (Pittsburger Kohlenbergwerksgesellschaft) hatte das Bundes-District-Gericht Charleston den Bergarbeiterverband auf Grund des Sherman-Gesetzes für eine „ungesetzliche Organisation“ erklärt und den Ausständigen verboten, sich „in den Geschäftsbetrieb der Pittsburg Coal Co. zu mischen“. Dieses unter Berufung auf das Sherman-Gesetz erlassene Verbot mußte zur Verurteilung der beiden Bergleute herhalten.

Also: der Bergarbeiterverband ist, obwohl ihm nichts Ungesetzliches nachgesagt werden kann, obwohl das Koalitionsrecht gewährleistet ist, kraft eines Richterpruchs eine „ungesetzliche“ Organisation. Die Unternehmerverbände aber sind „gesetzlich“; sind es trotz der Ergebnisse der Muthall-Untersuchung; sind es, obwohl bei der parlamentarischen Enquete über den Bergarbeiterausstand in West-Virginia, wie durch die Erhebungen des Arbeitsministeriums über die Streiks im Kohlenrevier in Colorado und in Kupferrevier in Michigan festgestellt wurde, daß die Herren Unternehmer Mächtigkeiten (sogenannte Privatpolitiken) dingten und auf die Streikenden und deren Familien losließen.

Die amerikanische Arbeiterschaft hat in ihrer großen Mehrheit noch zu lernen, daß die gewerkschaftliche Bewegung nur dann erfolgreich sein kann, wenn sie mit einer klaffenbewussten Arbeiterpartei Hand in Hand arbeitet. Unsere Feinde, die Unternehmer und die Regierung, sorgen wider Willen dafür, daß diese Erkenntnis in die Schädel unserer Rein-Gewerkschaftler gehämmert wird, und erweisen sich damit als ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Tarifverträge im Königreich Sachsen.

Die in Deutschland bestehenden Tarifverträge wurden zum erstenmal im Jahre 1908 gesammelt. Die erst 1906 erschienenen Bearbeitungen dieser Sammlung hatte nur 1577 Tarifverträge aufzuweisen, war also ein recht unvollständiger Anfang. Seit 1907 wird alljährlich über den Stand des Tarifwesens berichtet, und die letzte amtliche Statistik für Ende 1912 bildet bereits einen stattlichen Band von 271 Seiten. Das Material ist gesammelt bei den Verbänden der Unternehmer und Arbeiter, sowie den Gewerbeämtern. Von den Unternehmern gingen nur 886, von den Arbeitern dagegen 12 437 Verträge ein — ein neuer Beweis für die ausgezeichnete Organisation der Arbeiterverbände, der auch das Kaiserliche Statistische Amt wiederholt ausdrücklich eine vorzügliche Anerkennung zollt („sorgfältige Ausfüllung“, „ein recht zuverlässiger Boden“ usw.). Nur drei Arbeiterverbände hatten sich ausgeschlossen, zwei polnische und der Heidelberger Gewerbeverein der Zigarrenarbeiter.

Aus dem allgemeinen Material sei kurz berichtet, daß sich seit 1906 die Zahl der Tarifverträge und der von ihnen erfaßten Arbeiter mehr als verdoppelt hat. Leider stehen noch heute große Unternehmergruppen dem Tarifgedanken nicht nur verständnislos, sondern offen feindlich gegenüber. In B. der gesamte Bergbau, während umgekehrt die englischen Bergarbeiter nicht weniger als 38 Prozent aller Tarifarbeiter stellen. Ebenso kennt die deutsche Textilindustrie Tarifverträge nur vereinzelt; in England gehören wieder fast 20 Prozent aller Tarifarbeiter zur Textilindustrie.

Im Königreich Sachsen gab es Ende Dezember 1912 bereits 1395 Tarifgemeinschaften, das waren doppelt so viel wie in der Rheinprovinz. Sie umfaßten 15 444 Betriebe und 170 780 Arbeiter. Diese Zahlen betreffen aber nur solche

den Hof sollte die Träet nicht kriegen! Niemals, in aller Ewigkeit nicht!

Er richtete sich auf von seinem Stuhl.

„Ich kann bei die Träet nicht um Ausschub betteln... ich kann auch dich nicht anbeteln, Jörgen Waagen!“

Seine Stimme bebte.

Waagen wich seinen Blicken aus, denn Eten Tengelsen starrte ihn so unheimlich an.

„Schreib auf, Jörgen Waagen, schreib nur auf, alles, was los und fest ist, Ernte und alles...“

„Was meinst du damit?“

„Ich meine, daß das alles verkauft werden soll, denn das ist noch keinem verpfändet, es ist noch mein, und nun mag's dahingehen. Das ist der letzte Ausweg, Jörgen Waagen.“

Der Lensmann stuzte.

„Und was dann?“

„Dann, ja, wenn der Herrgott sich nicht erbarmt bis zum nächsten Termin, dann mag kommen, was kommen muß. — Aber ich wollte es so gern noch einmal Frühling werden sehen auf Jättest. Das ist doch gar zu schön, wenn die Blumen spritzen auf dem Stück Erde, das man mit seinem ganzen Leben bezahlt hat.“

„hm — ja, das ist wohl so.“

Waagen nahm Papier und Feder und setzte die Auktionsanmeldung auf, und mit zitternder Hand schrieb Eten Tengelsen seinen Namen darunter.

„Bist du nun zufrieden?“

Er war jetzt ruhiger geworden, nahm seine Brille ab und steckte sie ins Futteral.

„Ja — a für dieses Mal — dent ich,“ antwortete Jörgen Waagen und ordnete seine Papiere.

Eten Tengelsen knöpfte seine Jacke zu und setzte den Hut auf. Seine Knie schlotterten und die Füße wollten ihn nicht recht tragen, und ihm wurde so wirr und wunderbar im Kopf, als hätte er lang hinstiegen. Schwankenden Schritts ging er hinaus.

(Fortsetzung folgt.)